

Windkraft als „Monster“

Regionen sollen mehr Anlagen zulassen, doch vielerorts gibt es Widerstand

Nach einem Urteil aus Stuttgart wächst der Druck auf die Regionen, mehr Windkraft zuzulassen. Erste Schritte gibt es bereits. Doch vielerorts geht noch Angst vor „Verspargelung“ um, Kommunalpolitiker murren.

ROLAND MÜLLER

Stuttgart. Manchmal fühlte sich Volker Godel wie im falschen Film. Dass ein Antrag für ein einziges Windrad in seiner Gemeinde so viel Wirbel verursachen würde, hatte der Bürgermeister von Ingersheim (Kreis Ludwigsburg) nicht erwartet. „Der Ton der Kritiker war oft polemisch und giftig“, sagt Godel, die geäußerten Vorbehalte seien haltlos. „Da wurden 15 Jahre alte Kritikpunkte aufgewärmt, die keiner Prüfung standhalten – und durch ewige Wiederholung auch nicht wahr werden.“ Doch die Wellen schlugen hoch: Eine Bürgerinitiative aus dem Nachbarort machte Stimmung gegen die geplante, 179 Meter hohe Anlage. Benachbarte Bürgermeister drohten mit Boykott. Gerede über mögliche Gesundheitsschäden und sonstige „Gefahren“ des Windrads machte die Runde. Sogar der örtliche BUND-Kreisvize trat zurück, weil er so eine „Monster-Anlage“ nicht in Ingersheim haben wolle. Dabei war die Gemeinde schon vor acht Jahren als Vorrang-Standort auserkoren worden.

Es ist ein Vorgeschmack auf Kämpfe, die bald vielerorts im Land drohen. Wirtschaftsminister Ernst Pfister (FDP) redet den zwölf Regionalverbänden seit Monaten ins Gewissen, sie sollen neue Windkraft-Flächen ausweisen. Anfang Juni gab es juristische Rückendeckung vom Verwaltungsgericht Stuttgart: In einer spektakulären Entscheidung erklärten die Richter den Regionalplan Heilbronn-Franken für nichtig, weil Windenergie nicht genügend Raum geboten werde. „Planungsspielräume zugunsten der Windkraft zu prüfen“ heißt Pfisters Gebot der Stunde.

Die Adressaten dieses Werbens sind die zwölf Regionalverbände im Land: Die ansonsten kaum beachteten Zusammenschlüsse von Landkreisen und Städten haben in Sachen Windkraft die Planungshoheit – und nun den „schwarzen Peter“. Bei einem Treffen der Regionaldirektoren vergangene Woche war die Stimmung gereizt. „Eigentlich ist es von der Landespolitik eine Unverschämtheit“, sagt ein Teilnehmer. Das Energiekonzept des Landes sei von heute auf morgen ein anderes, die Regionalverbände müssten es



Windräder auf dem Berg Schauinsland bei Freiburg: Wirtschaftsminister Pfister fordert mehr Raum für die Anlagen. Foto: dpa

ausbaden. „Als wir damals die Windkraft-Pläne aufstellten, war die klare Vorgabe der Regierung: Macht möglichst wenig.“

Wirtschaftsminister und Regierungspräsidenten lieferten unter der Ägide des Ministerpräsidenten Erwin Teufel in vielen Verfahren die Argumente, Standorte zu streichen. Vogelschutz, Landschaftsschutz, Denkmalschutz – Gründe fanden sich immer. So wurde auf Betreiben des Ministeriums etwa ein Windpark im Kreis Biberach gekippt, um die Sicht auf die rund acht Kilometer entfernten Klöster Ochsenhausen und Rot an der Rot nicht zu stören. Dass nun der Wirtschaftsminister so tut, als müsse er den störrischen Regionen Beine machen, verärgert Politiker und Planer vor Ort.

Vergleichsweise günstig

Strom aus Windkraft gilt als eine der preisgünstigsten erneuerbaren Energieformen: An Land gibt es eine gesetzliche Einspeisevergütung von 9 Cent pro Kilowattstunde. Offshore-Windstrom ist teurer (15 Cent). Weit höher liegen die Sätze für Photovoltaik: 39 Cent bei Dachanlagen, 28 Cent auf Freiflächen. Der Preis an der Leipziger Strombörse liegt bei 4 bis 6 Cent pro Kilowattstunde.

In Baden-Württemberg spielt die Windkraft nur eine Nebenrolle, von ihr stammen nur 0,89 Prozent der Bruttostromerzeugung. Die Landesregierung will diesen Anteil bis 2020 verdoppeln. Bundesweit liegt der Anteil der Windkraft bei 8 Prozent, in Dänemark bei 20 Prozent.

Zaghafte Ansätze, neu über Windkraft nachzudenken, gibt es dennoch in einigen Verbänden. Ganz so einfach, wie es sich die Politiker vorstellen, ist das freilich nicht. „Wir können nicht einfach jahrelang aufgebaute Kriterien und Grundpfeiler unserer Pläne aufweichen“, klagt ein Regionalplaner. „Da stehen uns am nächsten Tag die Rechtsanwälte vor der Tür.“ Dennoch gibt es Bewegung in etlichen Regionen, etwa Schwarzwald-Baar-Heuberg oder Südllicher Oberrhein. Auch die Region Bodensee-Oberschwaben ist dabei, das Thema zu prüfen. „Es hat sich in den vergangenen Jahren in dem Bereich technisch sehr viel getan, die Anlagen sind moderner und größer geworden“, sagt Vizedirektor

Land verspricht eine neue Wind-Kartierung

Harald Winkelhausen. Flächen, die einst wegen mangelnder Wirtschaftlichkeit – also niedrigen Windstärken – durchs Raster fielen, könnten nun interessant werden.

Das Wirtschaftsministerium will den Regionen neue Wind-Daten an die Hand geben – Pfister verspricht „eine methodisch einheitliche Windkartierung fürs ganze Land“. Über neue Vorgaben für die Windkraftplanung werde das Kabinett noch im Sommer beraten. Dass Baden-Württemberg entgegen dem Bundestrend derzeit Strom importieren muss, verschärft die Lage.

Doch ob Kommunalpolitiker bereit sind, wenige Jahre nach Inkrafttreten der ersten, extrem aufwendigen Planungen erneut das Thema durchzufeuchten? „Die Betroffenheit vor Ort wird noch immer unterschätzt“, sagt Winkelhausen. Die Akzeptanz der Anlagen sei nicht immens gewachsen. „Das ist ein politisches Problem.“ Da die Regierung jahrelang über „Verspargelung“ geschimpft habe, sei die Kehrtwende vor Ort schwer zu vermitteln.

Davon kann Godel in Ingersheim ein Lied singen. Am Mittwoch votierte der Gemeinderat mit großer Mehrheit für das Windrad. Godel ist überzeugt, dass die große Mehrheit im 6000-Einwohner-Ort für das Projekt ist, doch hätten einzelne Gegner viel Staub aufgewirbelt. „Dabei sind es ja engagierte Bürger aus dem Ort, die die Anlage bauen“, sagt Godel. Beim Widerstand sei wohl auch Neid im Spiel. „Da hätte es ein anonymer Investor aus Norddeutschland vielleicht leichter.“

Übrigens: Von Ingersheim sind es nur 15 Kilometer bis zum Kernkraftwerk Neckarwestheim.